

ger vielen Theologen, Kirchenmännern und Gemeindegliedern auf katholischer wie auf nichtkatholischer Seite angesichts der oft frustrierenden Erfahrungen mit dem Fortgang des ökumenischen Prozesses aus dem Herzen sprechen: Er warnt vor ökumenischem *Aktivismus* und davor, dem jeweils anderen etwas aufdrängen zu wollen, was ihn noch im Kern seiner christlichen Identität bedrohe. Katholiken sollten nicht versuchen, Protestanten zur Anerkennung des Papsttums und ihres Verständnisses von apostolischer Sukzession zu drängen; Protestanten sollten Katholiken nicht zur Interkommunion drängen.

Ratzingers Darlegungen sind ein in vieler Hinsicht bedenkenswertes *Plädoyer für ökumenischen Realismus*. Sein Rat, die schon bestehende Einheit zwischen den Konfessionen zu erkennen und anzuerkennen und die noch bleibenden Verschiedenheiten nicht durch von der Wirklichkeit nicht gedeckte Operationen zu überspringen (den „Stachel des Andersseins ertragen“), ist, wie er ausdrücklich betont, nicht als Absage an die Ökumene gemeint, soll und muß nicht der Stagnation und Resignation Vorschub leisten. Das Grundproblem von Ratzingers – in dem Brief nur skizzenhaft, aber doch deutlich genug umrissener – ökumenischer Konzeption liegt anderswo: Der Kardinal trennt überschärft zwischen dem, was nur Gottes Sache sein kann, nämlich wirkliche Einheit der Christen ins Werk zu setzen, und dem, was Menschen tun können. Hat aber der bisherige Weg der ökumenischen Bewegung bei aller Einsicht in die Grenzen von theologischem Konsens und Verhandlungen nicht gezeigt, daß sich zwischen den getrennten Kirchen und Christen mehr bewegen kann, als es Ratzingers Warnungen vor Aktivismus und „Erfolgszwang des Selbermachens“ vermuten lassen? Es wäre also nach den Formen und Möglichkeiten von Einheit zu fragen, die zwischen der Gottes Wirken vorbehaltenen und der von Ratzinger mit guten Gründen attackierten, im schlechten Sinn „gemachten“ Einheit liegen. ru

Schatten

Franz-Josef Strauß und die deutsche Vergangenheit

Wenn ein Thema des sachlich eher konturenlosen Bundestagswahlkampfes 1986/87 auch über den Wahltag am 25. Januar hinaus in den nächsten Jahren von Bedeutung sein wird, dann ist es die Frage nach dem Verhältnis der Deutschen zu sich selbst und – darin eingeschlossen – zur eigenen Vergangenheit. Was im vergangenen Jahr ausgehend vom Streit um die Errichtung zweier Museen in Berlin und Bonn sowie eines „nationalen Mahnmals“ unter der Bezeichnung „Historikerstreit“ die Feuilletons bundesdeutscher Zeitungen und Zeitschriften bereicherte, erhielt in der diesmal allenfalls lauwarmen Zeit des Wahlkampfes das, was ihm eigentlich von Anfang zukam: eine handfest politische Dimension. Das Verdienst, dieses Thema für den politischen Alltagsstreit operationabel gemacht und auf den Punkt gebracht zu haben, kommt dabei wieder einmal dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten *Franz-Josef Strauß* zu. Die Deutschen müßten – so Strauß – endlich aus dem „Schatten des Dritten Reiches“ heraustreten und sich den „aufrechten Gang“ angewöhnen. Im gleichen Atemzug weist er darauf hin, die „Liebe zur Heimat, zum eigenen Land, zum eigenen Volk“ sei eine dem Menschen in die Wiege gelegte Eigenschaft, die man zwar vergessen, verdrängen, unterdrücken oder lächerlich machen könne, ausgerottet werden könne sie jedoch nicht.

Interessant an dieser Straußschen Wahlkampfparole ist vor allem, was er damit indirekt insinuiert: Wer sich dem Wunsch nach Normalisierung dessen versagt, was man bislang für ein Stück nicht normalisierungsfähiger Diskontinuität deutscher Geschichte gehalten hatte, wird als jemand dargestellt, der zu einem wahrhaft aufrechten Gang und zu einer

patriotischen Einstellung unfähig ist. Wer die Erinnerung an die Opfer nazideutscher Vergangenheit wachzuhalten entschlossen ist, erscheint als jemand, der langfristig die Herausbildung eines gesunden Selbstbildes als Deutscher erschwert, und – was dazu notwendig wäre – das Wiederanknüpfen an einen kollektiven Traditionsbestand verhindert, ja mehr noch, der sogar der wirtschaftlich-technischen Entwicklung der Bundesrepublik nachhaltige Steine in den Weg legt.

Letzteres hat damit zu tun, daß die „Schatten des Dritten Reiches“ sich nicht nur sozialpsychologisch auswirken im Zusammenhang mit dem Entstehen bzw. Nichtentstehen eines deutschen Heimatgefühls oder dem Verhältnis zur eigenen nationalen Tradition. Sie wirken sich in Mark und Pfennig dort aus, wo sich die Bundesrepublik eine beispiellose restriktive Handhabung des Rüstungsexportes leistet. Das selbstaufgelegte Ausfuhrverbot für Rüstungsgüter in Spannungsbereichen macht der bundesdeutschen Rüstungsindustrie zu schaffen und ruht letztlich nur auf dem bislang angenommenen Konsens über die nicht normalisierbare Diskontinuität nazideutscher Verbrechen.

So sicher es ist, daß diese Straußsche Initiative mehr ist als nur Wahlkampfgeplänkel zur Befriedigung gewisser rechter Kreise, die sich von den C-Parteien zu distanzieren beginnen, da ihnen die „Wende“ nicht einschneidend genug ausgefallen ist, so nachhaltig wird man darauf hinweisen müssen, daß hier *Scheinalternativen* aufgebaut werden. Ein Verhältnis zur eigenen nationalen Tradition, das meint, es sich nicht leisten zu können, die eigenen Schatten klar und deutlich in den Blick zu nehmen, würde ebensowenig einen aufrechten Gang ermöglichen wie die Einstellung, die jede Form von deutschem Patriotismus dem Faschismusvorwurf aussetzt. Ein aufrechter Gang, der nicht in der Lage wäre, Dissonanzen, und seien sie von der Qualität nazideutscher Greuelthaten, auszuhalten, verdiente diese Bezeichnung nicht. Die Deutschen haben keine Wahl zwischen der Erinnerung an die Opfer

des Dritten Reiches und der Suche nach dem aufrechten Gang. Mit dem Wunsch nach Demütigung, Kleinhalten, dem Tragen des „Büßerhemdes als Nationaltracht“ hat dies nichts zu tun. Wie es erst unlängst Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* in Erinnerung rief: „So unsinnig die Forderung nach dem Büßerhemd ist, so unverantwortlich ist nach meiner Überzeugung der Ruf nach einem Schlußstrich unter die Vergangenheit.“

nt

Diplomatisch

Der Israel-Besuch von Kardinal O'Connor

Ein Besuch des New Yorker Erzbischofs, Kardinal *John O'Connor*, in Israel gab Anlaß zu allerlei diplomatischen Verwicklungen um das Verhältnis zwischen dem Vatikan und dem Staat Israel bzw. der Stadt Jerusalem. Im Rahmen einer längeren Nahostreise, die ihn auch nach Jordanien führte, und in seiner Funktion als Präsident eines US-amerikanischen katholischen Hilfswerks für die Länder des Nahen Ostens hielt sich O'Connor fünf Tage in Israel auf. Shimon Peres, der heutige israelische Außenminister, hatte, damals noch Ministerpräsident, ihn im Sommer des vergangenen Jahres bei einer Amerikareise dazu eingeladen. Geplant waren u. a. zwei Besuche bei Israels Staatspräsident *Chaim Herzog* und Außenminister Peres.

Vor dem Antritt der Reise forderte jedoch der vatikanische Pro-Nuntius in den Vereinigten Staaten, Erzbischof *Pio Laghi*, O'Connor auf, diese beiden Termine abzusagen. In Rom befürchtete man offenbar, diese Visiten könnten als Hinweise dafür ausgelegt werden, der Vatikan denke nun doch vielleicht daran, den Staat Israel anzuerkennen und diplomatische Beziehungen mit ihm aufzunehmen, vor allem aber auch Jerusalem als Hauptstadt Israels zu akzeptieren. Der Vatikan ist bis heute in Jerusalem lediglich mit einer Apostolischen Delegation

vertreten, die noch kurz vor der Ausrufung des Staates Israel eingerichtet worden war. Der Zuständigkeitsbereich des Apostolischen Delegaten ist mit „Jerusalem und Palästina“ umschrieben und umfaßt gleichermaßen Israel wie Jordanien. Was Jerusalem angeht, so hatte Johannes Paul II. noch im Jahre 1984 in seinem Apostolischen Schreiben „Redemptionis Anno“ (vgl. HK, Juni 1984, 249) die vatikanische Forderung nach einem international garantierten Status für die Stadt erneuert.

Man mußte also nach einer Lösung suchen, die es einerseits O'Connor erlaubte, sowohl den US-amerikanischen Juden wie auch seinen israelischen Gastgebern gegenüber das Gesicht zu wahren, die andererseits aber auch keinen Zweifel darüber erlaubte, daß O'Connor die vatikanische Position Israel und Jerusalem betreffend nicht in Frage stellen wollte. Sie bestand letztlich in einem diplomatischen Trick, der einer gewissen Komik nicht entbehrte: Im Gewand eines einfachen Priesters traf der Erzbischof Shimon Peres in dessen Privatwohnung. Den Zutritt zu Staatspräsident Herzog verschaffte er sich über einen Nebeneingang: Privatwohnung und Amtssitz befinden sich in demselben Gebäude. Im nachhinein versuchte O'Connor die Wogen zu glätten, indem er sich öffentlich für die Mißverständnisse entschuldigte, die die Abänderung seiner ursprünglichen Reisepläne hervorgerufen hätten. Auch gab er zu, einen früheren Hinweis von Kardinal-Staatssekretär *Agostino Casaroli* in dieser Sache wohl nicht ernst genug genommen zu haben: Als O'Connor ihn auf seine Reisepläne ansprach, habe Casaroli zwar keine Einwände gegen die Reise erhoben, jedoch darauf hingewiesen, daß die „üblichen Richtlinien“ zu beachten seien.

Insofern könnte man den Vorfall durchaus unter der Rubrik: sträfliche Unbekümmertheit eines US-Kardinals im Umgang mit höchst delikaten diplomatischen Problemen ablegen. Aber es geht wohl doch um mehr. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht dabei weniger die Tatsache, daß

der Vatikan bis heute Israel nicht anerkennt – dies hinderte in der Vergangenheit die Päpste nicht daran, ranghohe Vertreter Israels im Vatikan zu empfangen – allerdings auch – zum Entsetzen vieler israelfreundlicher kirchlicher Kreise – Palästinenserführer *Jassir Arafat*. Zum Problem wurde die O'Connor-Reise wegen des Ortes, an dem der Erzbischof Staatspräsident und Außenminister treffen wollte: Jerusalem. Die vatikanische Forderung nach einem international garantierten Status der Stadt verträgt sich nicht mit der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Der Vatikan möchte in der Jerusalemfrage einer endgültigen Friedensregelung nicht vorgreifen, um so nicht seine Position in den arabischen Ländern zu schwächen. Vor allem aber sorgt man sich um den freien Zugang zu den heiligen Stätten der drei großen monotheistischen Religionen. Das Dilemma der vatikanischen Position besteht nur darin, daß dieser Zugang nie gesicherter war als gerade seit der Eroberung der Ost-Teile der Stadt durch Israel im Jahre 1967.

Wenn der Vatikan O'Connor schon wegen der Möglichkeit, daß man die Treffen in Jerusalem als Hinweise auf eine sich verändernde vatikanische Haltung in der Jerusalem-Frage mißdeuten könnte, zurückpfeift, zeigt dies nur, wie sorgsam man in Rom darauf bedacht ist, der arabischen Seite nur ja keinen Anlaß für etwaige Befürchtungen zu geben. Gerade nach dem Besuch des Papstes in einer römischen Synagoge im vergangenen Jahr (vgl. HK, Mai 1986, 244–246) könnte dies notwendiger denn je sein, durch den man sich andererseits den Juden gegenüber etwas mehr Spielraum geschaffen hat. Im übrigen konnten die Eingriffe in das Reiseprogramm von O'Connor kaum verdecken, auf was für wackeligen Füßen die vatikanische Haltung Israel und Jerusalem gegenüber tatsächlich steht. Für eine gewisse Zeit konnte man sich mit dem Status quo ante vom Februar 1948 über die Runden retten. Auf lange Sicht wird man jedoch nicht umhin kommen, die Realitäten im Nahen Osten zur Kenntnis zu nehmen.

nt